REGION

BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Sechs Jahre Odyssee – und kein Ende

Rhein Wohn-Schiffe sind in den beiden Basel trotz Wohnungsnot unerwünscht. Das bekam eine Künstlerin zu spüren

VON BENJAMIN WIELAND

Zehn Jahre irrte König Odysseus auf dem Mittelmeer herum. Doch am Ende kam er glücklich in Ithaka an. Seit sechs Jahren irrt Künstlerin Anmari Wili auf dem Rhein herum. Ob sie am Ende glücklich in Basel ankommen wird, ist offen. Denn ihre Wohnform ist in der Schweiz unerwünscht.

Anmari Wili liegt mit ihrem Schiff am Ufer von Huningue. Hier machte sie die «Lorin» im Juni 2009 fest – in der Not. Tags zuvor hatte man ihr im Rheinhafen zu verstehen gegeben, dass sie nicht lange bleiben könne, der davor liegende Jachthafen verweigerte ihr das Anlegen. Nun lebt sie also seit sechs Jahren – wenige Ausfahrten ausgenommen – gleich vis-à-vis dem Hafen, rund 200 Meter südlich des Dreiländerecks. Es gefalle ihr durchaus in Frankreich, sagt die 52-Jährige. Von der lokalen Bevölkerung sei sie herzlich und wohlwollend aufgenommen worden, ebenso von der Gemeinde. Ganz anders sei die Stimmung weiter flussaufwärts. «Wer in der Schweiz auf dem Rhein wohnen will», sagt Anmari Wili, «der erleidet ganz sicher Schiffbruch.»

«Wer in der Schweiz auf dem Rhein wohnen will, der erleidet ganz sicher Schiffbruch.»
Anmari Wili Künstlerin

Beim Asyl-Schiff ists möglich

Die Wohnform, die Anmari Wili betreibt, ist in der Schweiz offensichtlich nicht genehm. Das erstaunt, denn in Städten wie Amsterdam, Paris oder neuerdings auch Berlin gehören Wohnschiffe zum Stadtbild. Hierzulande müssten dermassen viele Auflagen erfüllt sein, dass das Leben auf dem Wasser de facto verunmöglicht wird.

Dabei könnten gerade bewohnte Schiffe ein schwelendes Problem lindern helfen, zumindest temporär. Die beiden Basel weisen eine der tiefsten Leerwohnungs-Ziffern der Schweiz auf. Erst kürzlich gab der Verein für Studentisches Wohnen (WoVe) bekannt, dass er bis November keine freien Zimmer mehr anbieten könne (siehe auch Seite 19). Und Basel-Stadt stelle auch schon selber Betten auf dem Rhein zur Verfügung: 1988 ankerte am St. Johanns-Steg ein umgebautes Hotelschiff, es konnte rund 70 Asylsuchende aufnehmen. Vor zwei Jahren sollte wieder ein Asylschiff, die «Hispania», in Basel anlegen. Das Projekt war bewilligt, kam jedoch wegen Verzögerung bei der Lieferung nicht zustande. Ein neuer Anlauf ist angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise wahrscheinlich.

Ist der politische Wille da, gibt es also durchaus Spielraum für Wohnschiffe auf dem Rhein. Das grösste Hindernis für Private: Es wird sich kaum ein Hafen finden, der die Gefährte aufnimmt. Deshalb müsste eine neue Anlagestelle erstellt werden. Dazu bräuchte es aber eine Ausnahme-Baubewilligung, und eine solche hätte schlechte Chancen – das geht jedenfalls aus den Ausführungen von André Frauchiger, Sprecher des Basler Tiefbauamts, hervor: «Bei einer zeitlich nicht beschränkten Installation muss unter anderem geprüft werden, ob das Stadtbild beeinträchtigt wird. Davon müsste man aber wohl ausgehen bei einem Wohnschiff, das am Ufer in der Stadt anlegt.» Zudem würden weitere Nutzer des Rheins wie Wasserfahrer, Schwimmer oder sogar die Schifffahrt behindert, ergänzt Frauchiger. «Die Rinne, in welcher die grossen Schiffe verkehren, ist nicht allzu breit.»

Beim Projekt für ein Asylschiff sei die Ausgangslage eine andere, sagt Frauchiger: «Es handelt sich dabei um eine temporäre Einrichtung an einer ordentlichen Schiffsanlegestelle. Bei einer solchen gibt es weniger Auflagen.»

Auch im Baselbiet mit seinen immerhin fast acht Kilometern Rheinufer hätten es potenzielle Schiffsbewohner schwer, obwohl hier kein Stadtbild gestört wird. Die Gewässer könnten nicht mit einer Wohnzone belegt werden, sagt Kantonsplaner Martin Kolb. Das habe mit der Systematik der Schweizer Raumplanung zu tun. Und dann fügt er – etwas weniger technisch – an: «Weil der Rhein einerseits ein wichtiger Freiraum, andererseits eine bedeutende Trinkwasserquelle und ein wichtiger Verkehrsweg ist, haben diese Funktionen Vorrang.» Hausboot-Siedlungen, wie sie etwas Holland kennt, versenkt der Artikel 96 der schweizerischen Binnenschifffahrts-Verordnung schon auf dem Papier: «Schiffe, die nach ihrer Bau- oder Betriebsart überwiegend für Wohnzwecke bestimmt sind (...)», heisst es dort, «sind nicht zugelassen.»

In Huningue Platz gefunden: Anmari Wili auf ihrem Schiff. MARTIN TÖNGI

Im Fall von Anmari Wili kommt erschwerend hinzu, dass sie ein nicht gerade handliches Boot besitzt. Die «Lorin» ist ein Frachtschiff und 45 Meter lang. Wili, die auch als Klavierlehrerin tätig ist, dient der Frachtraum unter anderem als Arbeitsraum. «Ich brauche für meine künstlerische Arbeit ein grosszügiges Atelier. Dann habe ich auch eine Familie und einen grossen Freundeskreis, auch das braucht viel Platz. In einem Frachtraum kommen diese Bedürfnisse alle unter. Ausserdem störe ich auf dem Wasser keine Nachbarn.»

Das Frachtschiff kaufte sie im Winter 2009 in Holland, nachdem sie von einem dreijährigen Aufenthalt in Peru zurückgekehrt war. Damals sei sie «reif fürs Schiff» gewesen, sagt sie. Kurz nach dem Kauf überführte sie die «Lorin« in die Schweiz – mit bekanntem Ausgang.

Huningue nahm sie gut auf

Schwierigkeiten gebe es in Frankreich zwar auch, sagt Wili, für diese seien aber die nationalen Behörden verantwortlich. Von der Gemeinde sei sie mit offenen Armen aufgenommen worden. «Der Bürgermeister von Huningue, Jean-Marc Deichtmann, hat sich mit seinem Adjoint Jacques Romon persönlich für mich eingesetzt. Man richtete gleich eine Postadresse ein und sorgte dafür, dass ich Strom, Wasser und Telefon habe.»

Sie habe feststellen dürfen, dass ihre Lebensform in Frankreich «viel Sympathie, Wohlwollen und Respekt» geniesse. Das könne sie bis jetzt von den schweizerischen Behörden nicht behaupten.

Nun soll eine Fakultät ins Baselbiet umziehen

Universität Laut ertönt der Ruf nach der Ansiedlung einer bedeutenden Institution im Baselbiet – nicht nur aus politischen, sondern auch aus Kostengründen.

VON HANS-MARTIN JERMANN

In einem einzigen Punkt sind sich Baselbieter Bürgerliche und Basler Linke in der Kontroverse um den Universitätsvertrag einig: Die Universität Basel sollte eine oder zwei Fakultäten in den Kanton Baselland zügeln, der seit 2007 gemeinsam mit Basel-Stadt die Uni mitträgt. So wäre es laut der Basler SP deutlich günstiger gekommen, die Wirtschaft- oder Jura-Studierenden am Bahnhof Muttenz einzuquartieren als vor wenigen Jahren im Jakob-Burckhardt-Haus am Basler Bahnhof SBB.

Aktuell beherbergt das Baselbiet «nur» zwei Uni-Institute: das Departement für Sport (St. Jakob-Areal, Münchenstein, wobei der Institutssitz auf Basler Seite liegt) sowie das kürzlich eröffnete Department of Biomedical Engineering (Bachgraben Allschwil). 2019 kommt am selben Ort das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut hinzu.

Teure Mieten in der Stadt

Studienrichtungen, die wenig standortgebunden sind, in die Agglomeration zu zügeln, wo die Mietpreise günstiger als im Stadtzentrum sind – das entspricht ganz der Meinung des Bottminger SVP-Landrats Hanspeter Weibel. «Man muss sich schon fragen, ob es sinnvoll ist, dass die Uni an bester Lage in der Stadt teure Räumlichkeiten belegt.» Schliesslich würden diese bei einer Vermietung im freien Markt massgeblich zur Wirtschaftsleistung der Stadt beitragen.

Dass dies heute nicht der Fall ist, erklärt Weibel so: Weil der Kanton selber Eigner vieler Uni-Liegenschaften sei und diese zu relativ hohem Preis an die Uni vermieten könne, sei der Anreiz gering, diese effizienter zu nutzen. Laut Weibel müsste deshalb der Immobilienvertrag, der parallel zum Universitätsvertrag geschlossen wurde, ersatzlos gekündigt werden (Kasten rechts). Damit würde der Druck steigen, dass die Uni vermehrt mietgünstige Liegenschaften belege sowie ein Interesse habe, Institute im Baselbiet zu domizilieren.

IMMOBILIENVERTRAG

Ist Basel Profiteur?

Die Baselbieter SVP ist nicht zufrieden mit den Regelungen zu den Immobilien im gemeinsamen Univertrag. Baselland hat zuletzt Neubauprojekte wie das neue Biozentrum paritätisch mitfinanziert. Basel-Stadt ist Eigentümer etlicher Uni-Bauten. Ein Teil der Mieten, die Basel-Stadt als Uni-Träger aus der einen Tasche bezahlt, fliessen als Einnahmen wieder in seine Rechnung zurück. Im Baselbiet ist das nicht der Fall. Aus Sicht der SVP sind die der Uni verrechneten Mieten zu hoch, was dazu führe, dass Baselland als Uni-Mitträger mit überproportional hohen Kosten konfrontiert sei.

Die Baselbieter Grünen-Präsidentin Florence Brenzikofer hat sich über das schlechte Zeichen geärgert, das der Landrat mit seiner Forderung ausgesandt hat, den Uni-Vertrag neu zu verhandeln. Doch zur Standortfrage sagt auch sie: «Es ist ganz wichtig, dass nun intensiv darüber diskutiert wird, eine Uni-Fakultät im Baselbiet anzusiedeln.» Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) schreibt, dass im Kontext der «Weiterentwicklung der Uni-Trägerschaft» auch die Interessen des Kantons hinsichtlich verstärkter Mitsprache sowie als künftiger Standortkanton zu berücksichtigen seien.

Der Basler CVP-Grossrat Oswald Inglin fordert hingegen Gelassenheit. «Es bringt nichts, jetzt wegen der politischen Stimmung etwas übers Knie zu brechen.» Schlecht fände er es, wenn nun ohne klares Konzept und inhaltlichen Zusammenhang Institute gezügelt werden, «nur» damit die Uni auf Baselbieter Boden stärker präsent sei. «Wenn wir einzelne Fakultäten und damit die Uni auseinanderreissen, dann wird sie geschwächt.» Dies könne nicht im Interesse der beiden Trägerkantone sein, sagt Inglin, Präsident der grossrätlichen Bildungs- und Kulturkommission. Bei einer grösseren Erweiterung der Uni sollte laut Inglin ein Standort im Baselbiet bevorzugt werden.

«BL hat keine Angebote gemacht»

Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann (LDP) stellt auf Anfrage der bz klar, dass im Rahmen einer Standortevaluation für die Uni in partnerschaftlichen Verhandlungen 2008 (!) von einer Erschliessung in Muttenz die Rede gewesen sei. Diese Option sei aber von Baselland nicht weiterverfolgt worden. «Baselland hat keine ernsthaften Angebote für konkrete Areale gemacht», kritisiert Eymann. Positiv sei einzig, dass Lukas Ott, der Stadtpräsident von Liestal, sich immer wieder bemüht habe, im Gespräch mit der Uni zu bleiben.

Die Basler Regierung habe immer Offenheit gegenüber der Ansiedlung von Teilen der Uni im «geschätzten Partnerkanton» gezeigt, sagt Eymann abschliessend. Ähnlich äusserte sich gestern dessen Parteikollege und Universitätsrats-Präsident Ueli Vischer in der «Schweiz am Sonntag»: «Wir sind offen, im Landkanton eine Fakultät zu eröffnen – auch wenn es die Studenten wahrscheinlich nicht so gerne hätten.»